Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 7248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 137. [41. Jahrgang.] Sonnabend den 14. Juni 1902. [41. Jahrgang.] Nr. 137.

Berlin, den 13. Juni.

Politischer Tagesbericht.

Der **Bundesrath** ertheilte in seiner gestrigen Sitzung den Beschlüssen des Reichstags zu dem Gesetzentwurf, betreffend die geschäftliche Behandlung des Zolltarif-Gesetzentwurfes seine Zustimmung. Die Beschlüsse des Reichstags zu dem von den Abgg. Lieber und Genossen vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Freiheit der Religionsübung wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Bundesrath beschloß ferner, den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zur Allerhöchsten Vollziehung vorzulegen, und ertheilte den Ausschußanträge zu der Vorlage, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum Schaumweinsteuergesetze, sowie den Ausschußberichten zu dem Entwurf einer Bestimmung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Hechelräumen und dergleichen und über die Vorlage, betr. Aenderung der §§ 42 und 43 der Eisenbahnverkehrsordnung (Beförderung von Leichen mit der Eisenbahn) die Zustimmung.

Das **Königliche Staatsministerium** trat heute zu einer Sitzung zusammen.

In der französischen Deputirtenkammer

wurde am Donnerstag über eine Anfrage, betreffend die allgemeine Politik der Regierung, verhandelt. Die Debatte endete mit der Annahme eines Vertrauensbeschlusses für das Ministerium Combes. Die Sitzung verlief wie folgt:

Der Präsident Bourgeois eröffnet die Sitzung. Es herrscht großer Andrang im Sitzungssaale und auf den Tribünen. Buissière (radikal) bringt eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung ein und führt aus, er hoffe, daß das neue Ministerium Festigkeit zeigen werde bei Unterstützung des Präsidenten der Republik und bei Vertheidigung der Republik. Jaurès erklärt, die Sozialisten würden mit der ganzen übrigen Mehrheit an der Arbeit für die Republik und Demokratie sich betheiligen. Das von der Regierung aufgestellte Programm stelle ihn im Allgemeinen zufrieden. Es freue ihn, daß in der ministeriellen Erklärung angekündigt sei, daß die Einkommensteuer an die Stelle verschiedener anderer Steuern treten solle. Er bedauere jedoch, daß die Regierung nicht für das Monopol des staatlichen höheren Unterrichts sei. Die Sozialisten seien bis zur Schaffung von Milizen mit der zweijährigen Dienstzeit einverstanden. Redner verlangt Annahme der Brüsseler Zuckerkonvention und sagt, wenn diese Reformen von der Kammer beschlossen seien, würden die übrigen nachfolgen. Das internationale Proletariat sei eine so starke Garantie für den Frieden, wie keine andere. Er frage sich, ob es nicht Sache Frankreichs sei, einen ruhmreichen ersten Schritt in der Frage der allgemeinen Abrüstung zu thun. Die elsaß-lothringische Frage könne hierin kein Hinderniß bilden. (Unterbrechungen auf der Rechten.) Die Haager Konferenz habe ihre Stimme für die äußerste Begrenzung der Rüstungen abgegeben. Das französisch-russische Bündniß, auf welches die Patrioten früher bei ihren Bestrebungen rechneten, sei in Wirklichkeit das hauptsächliche Instrument der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes geworden. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.) Präsident Bourgeois ersucht den Redner, nicht die Vaterlandsliebe seiner Kollegen zu verletzen. Jaurès fährt fort, er betrachte Abrüstung als das beste Mittel, um Reformen auf sozialem Gebiet sicher zu stellen. (Beifall auf der ganzen äußersten Linken.) Sembat tadelt die Regierung, weil sie nicht die Trennung von Kirche und Staat fordere. Darauf tritt eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fährt Sembat in seiner Rede fort. Er verlangt Aufhebung des Kultusbudgets und der Botschaft beim Vatikan und erinnert daran, daß Rouvier sich früher gegen die Einkommensteuer ausgesprochen habe. Lafies bekämpft die Ansichten Jaurès' über die Abrüstung und meint, der Krieg sei näher, als man glaube. (Zwischenrufe.)

Ministerpräsident Combes erklärt, das Land habe sich bei den Wahlen für die von dem Ministerium Waldeck-Rousseau befolgte Politik ausgesprochen, das jetzige Kabinet fordere die Kammer auf, diese Politik mit ihm fortzusetzen, bis der Feind daniederliege. Die Annahme des Nationalismus sei durch das Ergebniß der Wahlen nicht unterdrückt worden, es gebe daher keinen Frieden mit ihm. Die Betheiligung eines Theiles der Geistlichkeit an den Wahlen habe diesen eine gewisse Schärfe verliehen. „Daß General Andrè", fährt Combes fort, „Mitglied des neuen Kabinets ist, beweist, daß wir das Heer vor Intriguen und Günstlingswirthschaft bewahren wollen. Das Heer ist das Unterpfand eines Bündnisses, dem wir treu bleiben wollen, und deshalb muß das Heer ein nationales und nicht ein nationalistisches sein. Die Regierung wird das Gesetz über die Kongregationen ohne Schwäche zur Anwendung bringen. (Beifall.) Wir sind entschlossen, alle unsere Versprechungen zu halten. Wenn eine Mehrheit für Reformen vorhanden ist, so werden wir ihr keinen Widerstand entgegensetzen. Die Mehrheit ist aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen, sie kennt unser Programm und wird uns sagen, ob wir ihr Vertrauen besitzen." (Lebhafter, anhaltender Beifall links.)

Nach dem Ministerpräsidenten Combes spricht Ribot, welcher die Ausführungen Combes' unbestimmt nennt und gegen eine Politik von Repressalien Einspruch erhebt. Die Regierung werde die Trennung von Kirche und Staat nicht durchführen können; sie wage nicht, hinzugestehen, daß sie die Freiheit des Unterrichts unterdrücken wolle. Was das Heer betreffe, so wolle man aus ihm die Politik entfernen. Zuerst möge aber der Kriegsminister hierin mit gutem Beispiel vorangehen. Die Politik, welche es dem Finanzminister Rouvier ermöglichen könnte, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, sei die der Verbindung und diese Politik wolle die Regierung nicht. (Rufe links: Nein!)

Darauf wird die Erörterung geschlossen. Die Kammer genehmigt mit 329 gegen 124 Stimmen eine von den Gruppen der Linken verfaßte und von der Regierung gebilligte Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß dieselbe eine kräftige Politik zur Verweltlichung des Schulwesens, der Reform des Steuerwesens und der sozialen Solidarität verfolgen werde. Die meisten gemäßigten Republikaner enthalten sich der Abstimmung.

Der Minister des Aeußern Prinetti legte der **italienischen Deputirtenkammer** ein deutsch-italienisches Abkommen, betreffend die Aenderung des bisherigen Abkommens über den Patent-, Muster- und Markenschutz vor.

Gestern berieth die Kammer das Budget des Ministeriums des Innern. Hierbei hob, nachdem verschiedene Redner gesprochen, Minister Giolitti hervor, der Verlauf der Erörterung zeige im Gegensatz zu der im Vorjahr, daß auch die konservative Partei zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß Italien unmöglich für eine freiheitliche Regierung reif sei. Der Minister betonte weiter, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium kein Verein aufgelöst unter keiner Person aus politischen Gründen zwangsweise Wohnsitz angewiesen worden sei. Auf verschiedene Anfragen, betreffend die Politik der Regierung, erklärte Minister Giolitti, in den Fragen der Sozialpolitik sei die Regierung von der Ansicht geleitet, daß sie keine Klassenregierung sein dürfe, d. h. sie dürfe nicht eine Bevölkerungsklasse gegenüber einer anderen begünstigen. Die Regierung habe das Bestreben, auf freiheitlicher Grundlage zu regieren. (Beifall.)

Südafrika.

Bis zum 11. Juni hatten sich in Pretoria 11 022 Mann ergeben.

*

Im englischen Unterhause erklärte Kriegsminister Brodrick, daß die Untersuchung, die die Regierung über die Art der Kriegführung in Südafrika zugesagt hatte, wahrscheinlich durch eine Königliche Kommission geführt werden würde.

China.

Die „Times" meldet aus Peking vom 12. Juni, der britische Gesandte habe einer ratenmäßigen Herabsetzung der Kriegsentschädigungsansprüche um etwa 2 pCt. zugestimmt.

*

Ein fernerer Bericht der „Times" aus Peking vom 12. Juni besagt: Rußland verharrt bei seinem Einspruch gegen das Eisenbahnabkommen mit England und verweigert die Ratifikation des Mandschurei-Vertrages, wenn das Abkommen nicht geändert wird. Das chinesische Auswärtige Amt wird sich mit Zustimmung des englischen Gesandten bemühen, den russischen Einwänden zu begegnen.

*

Nach Mittheilungen aus Kanton sind die Aufständischen, welche Kwailing, die Hauptstadt von Kwangsi, umzingelten, von den Kaiserlichen Truppen geschlagen worden.

Zum Ableben des Bey von Tunis

wird weiter gemeldet:

Tunis, 12. Juni. Heute Vormittag fand die Leichenfeier für den verstorbenen Bey statt, welcher der Minister des Aeußern Pichon, sowie die Mitglieder des Konsularkorps und die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden beiwohnten.

Tunis, 12. Juni. Auf das Beileidstelegramm des Präsidenten Loubet sprach der Bey Mohammed dem Präsidenten telegraphisch die Versicherung aus, er wünsche lebhaft, treu die traditionelle Politik seines Vaters fortzusetzen und das unter dem Protektorate Frankreichs unternommene Werk des Fortschrittes und der Zivilisation weiter zu verfolgen.

Aus **Tiflis** berichtet ein Telegramm der Russischen Telegraphen-Agentur: Sicherem Vernehmen nach wird Anfang nächsten Jahres der Bau einer Eisenbahnlinie in Angriff genommen werden, welche von der Station Uluchanlij an der Bahnlinie Alexandropol-Eriwan nach Kiwrach an der persischen Grenze umweit des Grenzübergangspunkts Schach Tachti führt. Es wird beabsichtigt, späterhin die Bahn von Schach Tachti über Choi Urmia nach Täbris weiter zu führen. Der Plan, eine Bahn von Eriwan nach Dschulfa zu bauen, ist aufgegeben.

Das „Reutersche Bureau" erfährt: Die englische Mission nach dem **Tschad-See** unter Oberst Morland hat vollen Erfolg gehabt, es wurde eine Garnison errichtet, die Franzosen zogen sich beim Vorrücken der Engländer zurück.

Wie aus New-York gemeldet wird, ist die Verschmelzung **amerikanischer Schiffsbaugesellschaften** erfolgt. Sie umfaßt acht große Firmen und verfügt über ein Kapital von 20 Millionen Dollars, in welche 16 Millionen Bonds nicht eingerechnet sind. Wie verlautet, beabsichtigt die Gesellschaft, auf Staten-Island das größte bisher gebaute Trockendock anzulegen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser hörte gestern Nachmittag den Vortrag des Generalintendanten der Königlichen Schauspiele Grafen v. Hochberg und unternahm später mit Ihrer Majestät der Kaiserin eine Ausfahrt. — Zur Abendtafel bei Ihren Majestäten um 8 Uhr waren geladen der kurz vorher eingetroffene Prinz Leopold von Bayern mit seinem Adjutanten Oberleutnant Fahre du Faure, der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld, der bayerische Generalmajor v. Endres, Major Grainer, die Herren der österreichischen Deputation, K. K. Major Graf Stürgkh, Major v. Bonin vom Kaiser Franz-Regiment, ferner Reichskanzler Graf v. Bülow und die Chefs des Zivil- und Militärkabinets, sowie Generaladjutant General der Infanterie v. Plessen.

Prinz Leopold von Bayern reiste nach der Tafel wieder ab.

Heute Morgen unternahm Se. Majestät der Kaiser einen Spaziergritt und hörte die Vorträge des Landwirthschaftsministers v. Podbielski, des Kriegsministers Generals der Infanterie v. Goßler und des Chefs des Militärkabinets Generaladjutanten Generalleutenants Grafen v. Hülsen-Haeseler. Um 12 Uhr empfing Se. Majestät den argentinischen Gesandten Dr. Vincente G. Quesada und um 1 Uhr den japanischen Grafen Matsukata.

* Ueber das Befinden Sr. Majestät des Königs Albert von Sachsen liegen heute nachstehende Meldungen vor:

Sibyllenort, 12. Juni.

Der heute Abend 6 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht lautet:

Das Befinden Sr. Majestät des Königs von Sachsen war am heutigen Tage ein sehr wechselndes. Die Erscheinungen bedenklicher Schwäche herrschten vor; seltener und nur auf kurze Zeit zeigte der hohe Kranke größere Theilnahme. Der Zustand ist nach wie vor ein ernster.

Dr. Fiedler. Dr. Selle. Dr. Hoffmann.

Sibyllenort, 13. Juni.

Der heute früh 7 Uhr ausgegebene Bericht über das Befinden des Königs Albert lautet:

Seine Majestät verbrachte die vergangene Nacht im Allgemeinen unruhig, erst gegen Morgen trat mehrstündiger Schlaf ein. Das erste Frühstück wurde mit Appetit eingenommen.

* Die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz traf am Donnerstag Abend in London ein. Zum Empfange waren die Herzoge von Cambridge und von Teck auf dem Bahnhofe erschienen.

u. Ihre Königl. Hoheit die verw. Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin traf gestern aus Schwerin hier ein, stieg im Hotel Bristol ab und reiste am Abend nach der Schweiz weiter.

u. Se. Königl. Hoheit der Herzog Nikolaus von Württemberg traf gestern aus Düsseldorf hier ein, stieg im Zentral-Hotel ab und setzte heute früh seine Reise nach Karlsruhe in Schlesien fort.

* Dem Grafen Leopold zur Lippe-Biesterfeld, ältestem Sohne des Regenten des Fürstenthums Lippe, ist, einer Meldung aus Detmold zufolge, ein Sohn geboren worden. Graf Leopold (geb. 1871) ist seit dem 16. August vorigen Jahres mit der Prinzessin Bertha von Hessen-Philippsthal-Barchfeld (geb. 1874) vermählt.

* Der Reichs- und Staats-Anzeiger" veröffentlichte gestern die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Se. Majestät den Schah von Persien.

* Der Fürst zu Salm-Horstmar, Graf Arnim-Boitzenburg und der Geheime Finanzrath a. D. Jencke aus Essen sind hier angekommen und im Continental-Hotel abgestiegen.

* Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirkliche Geheime Rath D. Lohmann, ist nach Düsseldorf abgereist.

u. Der Oberpräsident z. D. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode hat sich von hier nach Gröbs-Kammin zurückbegeben.

u. Der Burggraf von Marienburg, Kammerherr Graf von Brünneck-Bellschwitz ist aus Bellschwitz hier angekommen.

* Der frühere japanische Premierminister Graf Matsukata, welcher vierzehn Jahre lang die Reform der japanischen Finanzen leitete, ist auf seiner Rundreise am Donnerstag früh in Berlin eingetroffen und von dem japanischen Gesandten empfangen worden. Nachmittags fuhrte er einen Besuch beim Staatssekretär des Aeußern Frhrn. v. Richthofen ab. Der Aufenthalt des Grafen, der keinerlei offizielle Mission hat, dürfte sich bis zum 21. d. M. ausdehnen, während welcher Zeit er sich mit hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete der Volkswirthschaft und des Finanzwesens in Berührung zu setzen beabsichtigt, um sich über die einschlägigen Verhältnisse in Deutschland zu informiren. Nachher wird er sich in Folge einer speziellen Einladung nach London begeben, um den Krönungsfeierlichkeiten beizuwohnen. Für später ist auch ein Besuch von Oesterreich und Rußland in Aussicht genommen.

u. Der amerikanische Admiral O'Neill ist aus New-York hier angekommen und im Palast-Hotel abgestiegen.

* Der zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannte bisherige Reichsgerichtsrath Winckenbach gehört dem höchsten deutschen Gerichtshofe seit etwa 11 Jahren an. 1859 im Oberlandesgerichtsbezirk Posen eingetreten, wurde er, wie die „Voss. Ztg." mittheilt, am 4. März 1864 Gerichtsassessor und im Dezember 1866 Kreisrichter in Schroda. Im August 1869 wurde er nach Meseritz versetzt und Anfang 1874 zum Abtheilungsdirigenten in Pleschen und bald darauf zum Kreisgerichtsrath ernannt. Im November 1877 kam er als Deputationsdirigent nach Posen und bald bei der Justizreorganisation von 1879 als Landgerichtsrath nach Stargard in Pommern. Am 31. Mai 1884 wurde er Oberlandesgerichtsrath in Stettin und im Juli 1891 Reichsgerichtsrath. Er gehörte bisher dem ersten, hauptsächlich mit Handelssachen befaßten Zivilsenat an und wird als Nachfolger des verstorbenen Senatspräsidenten Dr. Dachnhardt den Vorsitz im VI. Zivilsenat übernehmen.

* Dem Regierungsassessor Freiherrn v. Hodenberg in Bromberg ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts des Kreises Ostrowo, Regierungsbezirk Posen, übertragen worden. Der Regierungsassessor v. Schenck in Berlin wird dem Oberpräsidium zu Münster für die Zeit vom 1. Juli d. J. ab überwiesen.

* Dem am 9. d. M. zu Kokleny verstorbenen früheren Unterstaatssekretär im Justizministerium, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Nebe-Pflugstädt, widmet der „Reichs- und Staats-Anzeiger" folgenden Nachruf:

August Nebe-Pflugstädt war am 23. Juli 1828 in Kleve geboren. Nachdem er am 27. Mai 1851 in den Staatsdienst eingetreten war, wurde er im Jahre 1856 zum Landgerichtsassessor ernannt, als solcher dem Landgericht in Kleve überwiesen und nach vorübergehender Thätigkeit bei den Staatsanwaltschaften in Trier und Altenkirchen 1861 als Staatsprokurator in Düsseldorf angestellt. In den Jahren 1869 und 1870 war er kurze Zeit als Stellvertreter des Kron-Oberanwalts in Celle und sodann als Kronanwalt in Hannover thätig, bis er Ende Oktober 1870 als Hülfsarbeiter in das Justizministerium berufen wurde. Hier erfolgte seine Ernennung zum Geheimen Justizrath und vortragenden Rath am 25. September 1871, zum Geheimen Ober-Justizrath am 4. Dezember 1874, zum Ministerialdirektor am 29. November 1879, zum Unterstaatssekretär am 24. Dezember 1883, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Exzellenz" am 24. Dezember 1887. Von 1874 bis 1879 war er mit Mitglied der Justiz-Prüfungskommission. Durch Allerhöchsten Erlaß vom 11. Juni 1884 wurde er in den Staatsrath berufen. Zum 60. Geburtstag erhielt er von der juristischen Fakultät der Universität Bonn die juristische Doktorwürde. Am Ordensfest 1891 wurde ihm der Königliche Kronenorden erster Klasse, am Ordensfest 1897 der Rothe Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen. Am 14. Januar 1900 war es ihm vergönnt, sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum zu feiern, zu dem Seine Majestät der Kaiser und König ihm durch Zusendung Allerhöchst-ihres Bildnisses mit einem gnädigen Handschreiben gratulirten. Allein schon zum 1. August desselben Jahres suchte Nebe-Pflugstädt wegen zunehmenden Alters seine Entlassung aus dem Staatsdienst nach, die ihm unter Verleihung der Königlichen Krone zum Rothen Adlerorden erster Klasse gewährt wurde. Ausgezeichnet durch reiches Wissen, klarer Urtheil, umfassende Geschäftskenntniß und unermüdlichen Diensteifer, hat Nebe-Pflugstädt der Justizverwaltung hervorragendes geleistet. Seine echt patriotische Haltung und die ihm eigene Milde der Gesinnung erwarben ihm die Hochschätzung weiter Kreise und befähigten ihn im hervorragenden Maße zu der ihm gestellten besonderen Aufgabe, an der Verschmelzung der verschiedenen preußischen Rechtsgebiete zu einer Einheit mitzuarbeiten. Der größte Theil seiner Laufbahn gehört dem Justizministerium an; in ihm hat Nebe-Pflugstädt an den umfassenden gesetzgeberischen Arbeiten, die von der Gründung des Deutschen Reichs bis zum Erlasse des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu bewältigen waren, hervorragenden Antheil genommen. Vier Justizministern war er ein treuer, zuverlässiger Berather, den Mitgliedern des Ministeriums ein Vorbild gewissenhafter Pflichterfüllung — das Muster eines preußischen Beamten in selbstloser Hingabe an seinen Beruf. In den langen Jahren seiner Thätigkeit im Justizministerium hat er, unterstützt durch ein ausgezeichnetes Gedächtniß, eine seltene Summe von Erfahrungen gesammelt und verwerthet. Sein Scheiden aus dem Ministerium wurde als ein schwerer Verlust empfunden. Aber auch außerhalb des Amts sicherten dem hochverdienten Manne die Liebenswürdigkeit seiner Persönlichkeit, die Tiefe seiner umfassenden Bildung, das rege Interesse für jede Seite geistigen Lebens die Liebe und Verehrung aller, auch nicht durch das Amt mit ihm Verbundenen. Die Hoffnung, daß ihm noch ein langer, schöner Lebensabend beschieden sein möge, hat sich nicht erfüllt. Unauslöschlich aber ist die dankbare Erinnerung an ihn für Alle, die ihn kannten, und unbeirrbar ist sein Andenken mit der Geschichte des preußischen Justizministeriums verknüpft.

k. Generalleutnant v. Schmidt, Inspekteur der Feldartillerie, Oberstleutnant Graf v. Harbenberg beim Stabe des 2. Garderegiments zu Fuß und die Majors Knoch und Bronsart von Schellendorff vom Kriegsministerium haben die Garnison verlassen.

k. Major v. Münchow, Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Nr. 66, ist mit Urlaub hier eingetroffen.

* In Dessau ist gestern der General der Infanterie z. D. Eberhard v. Mantey gestorben.

Deutsches Reich.

* Die neueste Nummer der „Gesetz-Sammlung" enthält das Gesetz betreffend die **Fürsorge für Beamte** in Folge von Betriebsunfällen, vom 2. Juni 1902 und das Gesetz gegen die **Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden**, vom 2. Juni 1902.

* Auf eine an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe um Wiedereinführung der **Sonntagsfahrkarten** nach größeren Städten hat der Minister, wie dem „Berl. Tagebl." aus Breslau gemeldet wird, geantwortet, daß derartige Fahrkarten grundsätzlich nicht mehr ausgegeben werden.

Parlamentarisches.

Reichstag.

Aus der Zolltarif-Kommission.

Nach der Pause kommen die drei nächsten Positionen gemeinsam zur Berathung.

Pos. 371 Rohleim (entkalkte Knochen) 3 ℳ. Pos. 372 Leim a. A. (mit Ausnahme des Hausenleims), fest oder flüssig, Gelatine, auch gefärbt 5 ℳ. Pos. 373 Blätter, Splitter, Kapseln, Oblaten und andere geformte Gegenstände aus nicht mit Zucker versetzter Gelatine 30 ℳ. Anm. Gefüllte Gelatinekapseln unterliegen dem Zoll für die Füllung, falls dieser höher ist. Hierzu liegen zwei Anträge, des Abg. Broemel und des Abg. Bicll, vor, die beide für Pos. 372 den geltenden Zollsatz von 3 ℳ vorschlagen.

Nach kurzer Begründung des Antrages Broemel durch den Antragsteller erklärt Geh. Rath Müller, er habe der der Vorlage beigegebenen Begründung wenig hinzuzufügen; der Zoll entspringe handelspolitischen Bewegründen gegen die große ausländische Konkurrenz. Abg. Antrick verlangt Zollfreiheit. Der Zoll auf Leim werde Gegenmaßregeln bei anderen Artikeln zur Folge haben und im Auslande Grund zu allerhand anderen Zollerhöhungen geben. Er bilde eine Schraube ohne Ende und müsse auch mit Rücksicht auf die Zolltreiben, die dadurch betroffen würden, z. B. die Goldleistenfabrikation, bekämpft werden. Ministerialdirektor Wermuth hebt hervor, daß der Zoll nur 1 pCt. des Werthes betrage, er sei also sehr geringfügig. Abg. Bicll tritt für Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsatzes im Interesse der Goldleistenfabrikation ein, die auf ausländischen Kaninchenleim angewiesen sei. In Frankreich würde wegen der massenhaft vorkommenden Kaninchen die Herstellung dieses Leims im Großen betrieben, das Fell werde abgezogen, um besonders verwerthet zu werden, das Uebrige werde zu Leim eingekocht. In Deutschland gehe es das nicht, so viel Kaninchen seien nicht vorhanden. Abg. Dr. Müller-Sagan bestreitet das Vorhandensein eines Grundes, um die Erhöhung des Zolles auf das 666fache zu rechtfertigen. Eine Zollerhöhung würde nur zu dessen Vertheurung für die Buchdruckerei, und das komme schließlich auf eine Vertheurung der geistigen Nahrung hinaus. Er werde deshalb für den Antrag Broemel eintreten.

Abg. Spec (Z.) empfiehlt für Pos. 372 die Regierungsvorlage, beantragt dagegen für Pos. 374 einen Zollsatz von 10 ℳ. Die Hauptsache bei Beurtheilung all dieser Fragen sei doch die, daß die heimische Industrie geschützt werde. Eine Kartellbildung sei nicht zu befürchten. Bei der Fabrikation von Buchdruckwalzen und Heliographenplatten handle es sich um kleine Betriebe, die den Schutz doppelt nöthig haben. Abg. Graf Kanitz ist gegen Herabsetzung des Zolles. Der neue österreichische Zolltarif werde ganz andere Sätze und bedeutende Zollerhöhungen enthalten. Eine Zollerhöhung sei und bilde die wirksamste Abwehr gegenüber solchen Absichten des Auslandes. Wenn der Kaninchenleim so werthvoll sei, so könne man in Deutschland, wo es doch an Kaninchen nicht mangle, ebenfalls solchen herstellen. Abg. Molkenbuhr (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit für alle vier Positionen mit dem Grundsatz, daß man Hülfsstoffe der Industrie überhaupt nicht vertheuren dürfe, vielmehr verbilligen müsse. Geheimrath Müller begründet kurz nochmals die Sätze der Vorlage. Abg. Antrick meint, die Leimindustrie bedürfe keines Schutzes; der Gedanke des Grafen Kanitz, in Deutschland Kaninchen um des Kaninchenleims willen zu züchten, werde nicht den Erfolg haben, daß nun in Deutschland Kaninchenleim gemacht werde. Abg. Bicll erachtet als Hauptsache den Gesichtspunkt, daß der deutschen Industrie der Auslandsmarkt erschlossen werde. Man hüte den Ausfuhrzoll der Güter nicht durch hohe Zölle hemmen. Abg. Dr. Müller-Sagan bemerkt, Kaninchen seien in Menge vorhanden, zu züchten brauche man sie nicht. — Bei der Abstimmung werden die Positionen 371 bis 373 nach der Vorlage, Pos. 374 mit dem Zollsatze Spec (10 ℳ) angenommen.

Pos. 375, Holztheer- und Torftheer-Kreofot frei, wird ohne Erörterung,

Pos. 376 bis 378 werden, nachdem Abg. Stadthagen kurz für Zollfreiheit bei den mit Zollsätzen vorgeschlagenen Posten eingetreten, nach dem Entwurfe angenommen; also: Verdichtete Gase, einschließlich der Stahlflaschen 6 ℳ (376); Alkaloide, deren Salze und Verbindungen frei (377); Kollodium und Zelloidin 24 ℳ (378). 379 Chloroform und Chloralhydrat 30 ℳ. Abg. Lurz beantragt, hinzuzufügen: Chlorphosphor". Abg. Stadthagen verlangt Zollfreiheit. Geheimer Regierungsrath Meusche empfiehlt dagegen den Satz der Vorlage im Interesse der Hebung unserer deutschen Chlorofor minindustrie. Das Ausland erhebe sehr hohe Zölle, noch höhere als der vorgeschlagene Satz. Der Antrag Lurz empfehle sich aus formalen Gründen nicht. Abg. Broemel beantragt für Chloroform einen Zollsatz von 20 ℳ, für Chloralhydrat Zollfreiheit und spricht sich gegen den Antrag Lurz aus. Abg. Dr. Müller-Sagan betont, der Artikel sei von seinen Freunden Zuppen ausländischer Herkunft bekämpft, er sei also kein Gmnd für einen Zoll vorhanden. Man solle sich hüten, für die chemische Industrie unbegründete Schutzzölle zu verlangen. Abg. Spec schlägt für die ganze Position 379 einen Zollsatz von 20 ℳ vor. Abg. v. Kardorff (Rp.) führt aus: Die Bewerbsfähigkeit der Linken treffe nicht zu. Sie angenommen immer auf zweierlei Art, sie sage entweder: der Artikel hat keine Einfuhr, dann brauche er keinen Zoll; oder: der Artikel wird in Masse eingeführt, dann darf kein Zoll darauf gelegt werden. Einmal so, einmal so. Amerika sei doch auch klug und verständig und führe trotzdem hohe Zölle ein. Redner könne den Antrag ablehnt, ebenso die Anträge Broemel und die Vorlage, dagegen wird der Antrag Spec angenommen.

Pos. 380, Bromoform und Jodoform frei, wird erörterungslos angenommen. Pos. 381, Gerbstoffauszüge, ist früher erledigt worden.

Bei Pos. 382, Künstliche Süßstoffe (Saccharin ꝛc.) 8000 ℳ, bittet Minister Möller, die Berathung hierüber auszusetzen mit Rücksicht auf das gestern im Reichstag beschlossene Gesetz. (Die Zuckerpositionen stehen auch noch aus. Anm. d. Red.) Abg. Stadthagen beantragt, die Berathung über Pos. 382 und 383, Süßholzsaft, auszusetzen. — Der Antrag wird angenommen.

In der Berathung verbunden werden die beiden nächsten Nummern Pos. 384 Balsame, künstliche; Auszüge (Essenzen, Extrakte, Tinkturen), Wässer und dergl., nicht wohlriechend, zum Gewerbe- oder Heilgebrauch (mit Ausnahme der Farbholz- und Gerbstoff-Auszüge): nicht äther- oder weingeisthaltig 40 ℳ, äther- oder weingeisthaltig 60 ℳ. Pos. 385 Säfte von Früchten (mit Ausnahme von Weintrauben) und von Pflanzen, zum Gewerbe- oder Heilgebrauch, äther- oder weingeisthaltig 60 ℳ.

Abg. Stadthagen verthebigt den Antrag auf Zollfreiheit. Es handle sich um Hellmittel; ein Zoll sei auch wegen des Patentschutzes unmöglich. Abg. v. Kardorff bestreitet die Richtigkeit dieser Gründe. Abg. Molkenbuhr wendet ein, der Zoll werde nur auf die Krankenkassen fallen, er sei deshalb verkehrt und schädlich. Abg. v. Kardorff ist dagegen der Ansicht, diese Heilmittel würden durch den Zoll eher billiger statt theurer werden. — Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Pos. 386, zubereitete Arzeneiwaaren und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse, anderweit nicht genannt oder inbegriffen 40 ℳ. Anmerkung zu 384 bis 386: Aether- oder weingeisthaltige pharmazeutische Erzeug-